



Die KPÖ im Jahr der Befreiung

MANFRED MUGRAUER

Die Kommunistische Partei Österreichs betrat im April 1945 als einzige Kraft die politische Bühne, die nicht dazu gezwungen war, ihren Namen zu ändern. Die Partei hatte – trotz zwölf Jahren in der Illegalität – ihre Tätigkeit nie eingestellt, sondern ihren antifaschistischen Kampf im Untergrund und in den Ländern des Exils ohne Unterbrechung fortgesetzt. 1945 – das Jahr der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus – wurde zu jenem Jahr, in dem die KPÖ über den meisten Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung Österreichs verfügte. In der Ersten Republik stets eine kleine Partei, hatte sich die im Mai 1933 verbotene KPÖ nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 zu einer maßgebenden Kraft innerhalb der österreichischen ArbeiterInnenbewegung entwickelt. In den Jahren der NS-Diktatur war sie der Hauptfaktor des antifaschistischen Widerstands. Von 1945 bis 1947 war die KPÖ Regierungspartei und in Betrieben und Gemeinden breit verankert.

Verantwortungsbewusste „Staatspartei“

Die KPÖ verstand sich im Jahr der Befreiung als demokratische Wiederaufbaupartei. Bereits im Exil hatte sie ihre Konzeptionen über ein „neues Österreich“ aus der Sicht einer künftig konstruktiv mitgestaltenden, verantwortungsbewussten „Staatspartei“ entwickelt.¹ Im April 1945 gelang es ihr auch tatsächlich, im Rahmen von Parteienverhandlungen ihre Ausrichtung auf eine breite demokratische Zusammenarbeit zu verwirklichen: Nicht zuletzt aufgrund der Schlüsselstellung der sowjetischen Befreierarmee bei der Konstituierung der Provisorischen Regierung unter Staatskanzler Karl Renner war die KPÖ an der ersten Nachkriegsregierung als gleichberechtigte Partnerin der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) beteiligt.

Mit dem Staatsamt für Inneres (Franz Honner) und jenem für „Volksauf-

klärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten“ (Ernst Fischer) wurden zwei Schlüsselressorts der Renner-Regierung von Kommunisten geleitet. Johann Koplenig, der Parteivorsitzende der KPÖ, war als Staatssekretär ohne Portefeuille Mitglied des Politischen Kabinettsrats, des obersten Organs der Regierung, und damit de facto Vizekanzler. Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 trägt auch seine Unterschrift. An allen weiteren Ressorts war die KPÖ mit einem Unterstaatssekretär bzw. im Staatsamt für Volksernährung mit Hella Postranecky als Unterstaatssekretärin – der ersten Frau in einer österreichischen Regierung – vertreten. Insgesamt stellte die KPÖ zunächst neun von 34 Regierungsmitgliedern, nach der Erweiterung der Regierung im Herbst 1945 waren es zehn von 39. Sie alle leisteten einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau der staatlichen Verwaltung, etwa in den Bereichen Schule und Bildung, Kultur, Sicherheitswesen, Ernährung, Verkehr, Justiz und Gesundheit.²

In den „provisorischen Landesausschüssen“ – den in den einzelnen Bundesländern gebildeten Landesregierungen – war die KPÖ mit Landesräten und in fünf Bundesländern auch mit stellvertretenden Landeshauptmännern vertreten, in Niederösterreich mit Otto Mödlagl bzw. ab August mit Laurenz Genner; im Burgenland, das im August neu gebildet wurde, Otto Mödlagl; in der Steiermark mit Viktor Elser; in Oberösterreich ab Oktober mit Franz Haider; und in Wien amtierte Karl Steinhardt, der erste Vorsitzende der Partei im November 1918, als Vizebürgermeister.

AktivistInnen der ersten Stunde

In vielen Orten und Bezirken waren die KommunistInnen die ersten, die Ordnung in das allgemeine Chaos brachten. Kommunistische AktivistInnen warteten nicht erst auf Weisungen zentraler Instanzen, sondern ergriffen mit dem Ende der Kampfhandlungen aus eigenem Antrieb die Initiative, um die schwierige

Lage zu meistern und das öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen. Sie organisierten erste Aufräumungsarbeiten, nahmen die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser in Angriff, stellten die Verpflegung der Spitäler sicher und reaktivierten den öffentlichen Verkehr. All diese Aufgaben wurden durch den selbstlosen Einsatz und das Improvisationstalent tausender Menschen bewältigt, unter denen wiederum die KommunistInnen am zahlreichsten waren. „Sie zeigten, wie man eine Gemeinschaft leiten kann ohne Sekretärin im Vorzimmer, ohne den ganzen Klimbim des Bürokratismus, ja sogar ohne die ‚Qualifikation‘ jahrzehntelangen Hinaufdienens in einem Partei- und Beamtenapparat“, wie Anton Wörz, ein KPÖ-Aktivist der ersten Stunde in Wien-Stadlau (22. Bezirk), Jahre später festhielt: „Die Qualifikation dieser Leute bestand in ihrem Willen, zu helfen, ihrem Opferwillen und ihrem praktischen Verstand.“³

KommunistInnen waren auch führend bei der Instandsetzung von Betrieben, bei der Stabilisierung der Sicherheitsverhältnisse und bei der Wiederherstellung von zivilen Verwaltungsstrukturen usw. In den niederösterreichischen Industriorten Neunkirchen und Ternitz ergriffen lokale KommunistInnen bereits in den ersten Apriltagen – unmittelbar nach der Befreiung durch die Rote Armee – die Initiative, um die österreichweit ersten Gemeindeverwaltungen zu etablieren.⁴ In einigen Gemeinden der Steiermark, etwa in Leoben, ging der Wiederaufbau einer zivilen Verwaltung direkt aus dem Partisanenkampf hervor.⁵

In Wien gehörten die meisten Bezirkspolizeileiter, teilweise bis ins Jahr 1955 hinein, der KPÖ an. In zahlreichen niederösterreichischen Orten stellten örtliche Kommunisten eine Hilfspolizei auf und reorganisierten die dortige Ortspolizei, etwa in Amstetten, Baden, Berndorf, Ebreichsdorf, Eggenburg, Korneuburg, Tulln und Wilhelmsburg. In vielen Fällen war es den kommunistischen AktivistInnen zu danken, dass Betriebe wieder



„Schuttaktion“ der KPÖ Favoriten am Wiener Reumannplatz

instandgesetzt wurden bzw. die Arbeit fortgesetzt werden konnte. In Wien-Stadlau konnten 24 Groß- und Kleinbetriebe, darunter etwa Waagner-Biró, Brückenbau, AEG-Union und Wolfrum, durch die Initiative von Kommunisten die Arbeit wieder aufnehmen.⁶ In Ternitz verhinderten kommunistische und sozialistische Arbeiter Ende März 1945 die geplante Zerstörung des Stahlwerks.⁷

Nicht zuletzt angesichts der lokalen Initiative kommunistischer Parteiorganisationen standen auch die provisorischen Gemeindeausschüsse, die in der sowjetischen Besatzungszone (Niederösterreich, Burgenland) auf Basis von örtlichen Parteienvereinbarungen gebildet wurden, im Zeichen der Dreiparteieneinheit. In mehr als 100 niederösterreichischen und burgenländischen Industrie- und Landgemeinden wurden Kommunisten als provisorische Bürgermeister eingesetzt, u.a. in der späteren niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten oder in Neunkirchen, Ternitz und Waidhofen an der Ybbs. In mehreren Wiener Bezirken waren Angehörige der KPÖ als so genannte „Bezirksbürgermeister“ tätig. Kommunistische Bürgermeister gab es aber auch in den von den westlichen Alliierten besetzten Bundesländern, etwa in Hallein (Salzburg). Insgesamt amtierten im Jahr 1945 in Österreich mindestens 167 kommunistische Bürgermeister.⁸

Organisatorisches Wachstum

In der Ersten Republik war die KPÖ eine kleine Partei mit überschaubaren Organisationseinheiten. Vor ihrem Verbot im Mai 1933 gehörten der KPÖ nicht mehr als 4.000 Mitglieder an. Erst nach dem Februar 1934 wurde die Partei infolge des Übertritts von mehr als 12.000 ehemaligen SozialdemokratInnen zu einer relevanten politischen Kraft. Im April 1945 trat die KPÖ mit etwa 25.000 Mitgliedern aus der Illegalität heraus. Im

Verlauf des Jahres 1945 entwickelte sie sich zu einer Massenpartei mit über 103.000 Mitgliedern, davon 63.000 in Wien. Bis 1947 stieg die Mitgliederzahl auf 155.000 an.⁹

Die KPÖ begann sich im April 1945 noch während der Kampfhandlungen als legale Partei zu formieren. Der Parteaufbau trug in den

ersten Wochen einen nur provisorischen Charakter, traten doch kommunistische Parteiorganisationen nach der Befreiung überall spontan in Aktion, ohne auf Weisungen von oben zu warten. Eine der größten Herausforderungen bestand im Jahresverlauf darin, einen einheitlichen Organisationsaufbau zu gewährleisten, der ab Mitte Juni 1945 in Angriff genommen wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurden von der Parteiführung die ersten verbindlichen organisationspolitischen Richtlinien erarbeitet.¹⁰ Der Parteaufbau vollzog sich fortan in Sektionen, Betriebsorganisationen bzw. Ortsorganisationen, die von Bezirksleitungen angeleitet wurden.

Bis 1946 wuchs die KPÖ auf knapp 2.400 Grundorganisationen an: Die neun Landesorganisationen gliederten sich zu diesem Zeitpunkt in 112 Bezirksorganisationen, die wiederum 1.561 Ortsorganisationen und Sektionen und 806 Betriebszellen umfassten. Die 1.561 Grundeinheiten in den Wohngebieten gliederten sich in 957 Ortsorganisationen außerhalb Wiens (darunter 346 in Niederösterreich) und 604 Sektionen in insgesamt 84 Stadtorganisationen (darunter 299 in Wien).¹¹ Am schwächsten war die Verankerung der Partei in den westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg.

Gewerkschaften und Betriebe

Über die Regierung und die öffentliche Verwaltung hinaus erstreckte sich der Einfluss der Partei auf die Gewerkschaften und Betriebe sowie auf wesentliche Bereiche von Kultur und Sport. Im April 1945 wurde der ÖGB als einheitlicher Gewerkschaftsbund gegründet, der Kommunist Gottlieb Fiala, der bereits in der Ersten Republik dem Parteivorstand angehörte, wurde erster Vizepräsident. Auch in den Vorständen der 16 Einzelgewerkschaften war die Partei entsprechend repräsentiert, in fast allen waren

die stellvertretenden Vorsitzenden Kommunisten. Im ÖGB behauptete sich die KPÖ als zweitstärkste Fraktion hinter der Sozialdemokratie. Überparteiliche Jugend- und Frauenorganisationen scheiterten hingegen am Widerstand des Parteivorstands der SPÖ. Angesichts dessen entwickelten sich die *Freie Österreichische Jugend* (FÖJ) oder der *Bund demokratischer Frauen* (BDF) de facto zu KPÖ-Vorfeldorganisationen.

Stark verankert war die Partei in den großen Industriebetrieben, vor allem in Wien, Niederösterreich und der Steiermark. Bei den Betriebsratswahlen konnte sie große Erfolge erzielen, beispielsweise erreichte sie im September 1945 die Mehrheit bei der Alpine Montan in Donawitz (Steiermark), dem größten Betrieb Österreichs. Im Herbst wurde in weiteren obersteirischen Großbetrieben (Seegraben, Fohnsdorf usw.), in vielen Wiener und niederösterreichischen Betrieben, sowie in den Bezirken Hallein (Salzburg) und Villach (Kärnten) kommunistische Mehrheiten errungen.¹² In der Großindustrie lag der kommunistische Stimmenanteil bis 1955 konstant bei einem Drittel, womit ihr Einfluss in der IndustriearbeiterInnenschaft und im gewerkschaftlichen Bereich weit über ihr Stimmengewicht bei allgemeinen Wahlen hinausging.

Kultur und Sport

Über die ArbeiterInnenschaft hinaus übte die Partei auch auf eine große Zahl von Intellektuellen eine Ausstrahlungskraft aus, auch auf solche, die bisher den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung ferngestanden waren. Gerade im kulturellen Bereich bot die KPÖ – im Verhältnis zu ihrer Größe – vielen bedeutenden Persönlichkeiten ein Wirkungsfeld. Am 28. Oktober 1945 fand im Wiener Musikverein die österreichische Erstaufführung der 7. Symphonie von Dmitrij Schostakowitsch – der „Leningrader“ – in einem von der Wiener Stadtleitung der KPÖ veranstalteten Konzert der Wiener Symphoniker unter Josef Krips statt.

Einen Aufschwung nahm auch die Medienpolitik der Partei. Das seit August 1945 herausgegebene Zentralorgan *Österreichische Volksstimme* erreichte eine tägliche Auflagenzahl von über 100.000 Exemplaren. Darüber hinaus erschienen in den einzelnen Bundesländern kommunistische Tageszeitungen und verschiedene weitere Presseerzeugnisse, wie etwa das Theorieorgan *Weg und Ziel* und die Kulturzeitschrift *Österreichisches Tagebuch*, die in der unmittel-

telbaren Nachkriegszeit als Hauptorgan kulturpolitischer Verständigung galt und auch bei nichtkommunistischen Intellektuellen eine große Wirkung erzielte.

Auch im Bereich des Sports orientierte die KPÖ auf eine einheitliche, überparteiliche Sportbewegung und war federführend bei der Etablierung einer *Zentralstelle für die Wiedererrichtung des österreichischen Sports (ZÖS)*. SPÖ und ÖVP folgten jedoch nicht diesem überparteilichen Kurs. Angesichts der Dominanz des von der SPÖ reaktivierten ASKÖ verlor die ZÖS an Autorität und musste noch 1945 aufgelöst werden. 1946 gehörten etwa ein Viertel der Präsidenten, die den Spartenverbänden des österreichischen Sports vorstanden, der KPÖ an, beispielsweise im Österreichischen Schwimmverband, im Radfahrerbund oder im Schachbund. Der Judoverband und der Volleyballverband wurden 1948 bzw. 1953 auf kommunistische Initiative gegründet und standen jahrelang unter kommunistischer Führung. Bei der Gründung des überparteilichen *Allgemeinen Sportverbandes Österreichs (ASVÖ)* im Juni 1949 spielte die KPÖ eine aktive Rolle.¹³

Volksdemokratische Orientierung

In politisch-programmatischer Hinsicht entwickelte die KPÖ ein Aufbauprogramm, das in Kontinuität zur Volksfrontkonzeption der 1930er Jahre auf eine „antifaschistisch-demokratische“ Ordnung abzielte. Die Partei strebte politische und sozialökonomische Veränderungen an, die im weiteren Verlauf als „volksdemokratische Orientierung“ zusammengefasst wurden. Ausgehend vom Etappenziel einer „neuen Demokratie“ sollten schrittweise die Bedingungen für den weiteren Kampf um eine sozialistische Umgestaltung verbessert und ein friedlicher Weg zum Sozialismus geöffnet werden. Der konkrete Inhalt der angestrebten volksdemokratischen Ordnung blieb zwar weitgehend unbestimmt, in Summe ging es aber bei dieser „neuen Demokratie“ um eine in der Tradition der kommunistischen Volksfrontprogrammatisierung stehende Gesellschaftsordnung, die sich zwar vom Kapitalismus und einer bürgerlich-demokratischen Ordnung erheblich unterscheiden, jedoch noch nicht sozialistischen Charakters sein sollte. Es ging darum, mit grundlegenden demokratischen Reformen den Einfluss der ArbeiterInnenklasse auf Kosten des Großkapitals zu erhöhen, um so die Voraussetzungen für



4. Parteiarbeiterkonferenz der KPÖ im Wiener Konzerthaus am 4. November 1945, v.l.: Karl Steinhardt, Hella Postranecy, Max Haller, Franz Honner, Johann Kopleinig, Karl Altmann, Ernst Fischer, Friedl Fürnberg

eine weitere Vorwärtsentwicklung zum Sozialismus zu verbessern. Im Grunde ging es bei der „antifaschistisch-demokratischen“ Ordnung des Jahres 1945 bereits um eine solche Übergangsform, die in der späteren marxistischen Diskussion und Programmatik als „antimonopolistische Etappe“ auf dem Weg zum Sozialismus umrissen wurde.

Die inhaltlichen Eckpunkte der antifaschistisch-demokratischen Orientierung wurden im Juni 1944 in einem im Moskauer Exil ausgearbeiteten Manifest mit dem Titel „Die Wiedergeburt Österreichs“ festgelegt und in einem am 5. August 1945 veröffentlichten „Sofortprogramm“ weiterentwickelt.¹⁴ Die hierin zum Ausdruck kommenden Forderungen blieben in ihren Grundlinien im gesamten Besatzungsjahrzehnt prägend:

1.) Der Kampf gegen Faschismus und Reaktion: Konkret ging es um die Entnazifizierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens, vor allem des Staatsapparats, sowie um die Bestrafung der faschistischen Verbrecher.

2.) In Eigentumsfragen forderte die KPÖ die Entmachtung des Monopolkapitals, also die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, sowie die Enteignung des deutschen Vermögens, der Naziverbrecher und ausländischen Faschisten. Darüber hinaus sollte jedoch die private Unternehmerinitiative gefördert und das rechtmäßig erworbene Privateigentum an kleinen und mittleren Unternehmen geschützt werden. Als weitere strukturelle Maßnahme wurde die Durchführung einer demokratischen Bodenreform gefordert.

3.) Realisiert werden sollte die neue demokratische Ordnung durch die so bezeichnete „demokratische Zusammenarbeit“ aller Kräfte. Konkret ging es um die Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse, sowie um die Schaffung eines breiten antifaschistischen Volksbündnisses, auch mittels einheitlicher und überparteilicher Gewerkschafts- und Massenorganisationen.

4.) In außenpolitischer Hinsicht forderten die österreichischen KommunistInnen freundschaftliche und gleichberechtigte Beziehungen zu den Nachbarländern und allen Großmächten, in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem zu den östlichen Nachbarn und zur Sowjetunion, mit denen Handelsverträge abgeschlossen werden sollten. Die bis dahin intimen Bindungen an Deutschland sollten neutralisiert werden.

Etappenkonzeption

War diese Konzeption im Frühjahr 1945 realistisch? Meiner Einschätzung nach handelte es sich bei dieser „Strategie der Übergänge“ – zumindest im Jahr 1945 – um eine Orientierung, die im Augenblick der Befreiung durchaus den nationalen und internationalen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnissen entsprach. Mehrere Faktoren sprachen zu diesem Zeitpunkt für ein mögliches schrittweises Herankommen an den Sozialismus: Nach dem Zweiten Weltkrieg war es zu einer Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse gekommen. Mit der Niederlage des Faschismus war auch das Monopolkapital weitgehend diskreditiert, das kapitalis-



KPÖ-Versammlung am Schuhmeierplatz in Wien-Ottakring

tische System insgesamt erschüttert. Die siegreiche Sowjetunion war weltpolitisch gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen und die Linkskräfte europaweit auf dem Vormarsch. Bei der Regierungsbildung in Österreich nahm die Rote Armee eine Schlüsselstellung ein und verlieh der KPÖ einen starken Rückhalt. Auch die KPÖ selbst trat gestärkt aus Illegalität und Exil heraus: Sie war die Hauptträgerin des antifaschistischen Widerstands und hatte im Kampf gegen den Faschismus die größte Anzahl an Opfern zu beklagen. Nicht umsonst leitete Johann Koplenig in seiner Rede auf der ersten Parteiarbeiterkonferenz am 13. Mai 1945 die Berechtigung der Partei, an der Neugestaltung Österreichs teilzunehmen, direkt aus der Rolle ab, die die KPÖ im Freiheitskampf gegen den deutschen Faschismus gespielt hatte. Vor diesem Hintergrund erwiesen sich die Bedingungen für prosozialistische Kräfte zunächst als durchaus vorteilhaft.

Zugleich war klar, dass die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus nicht gegeben waren: Es gab in Österreich keine breite Massenbewegung zur Überwindung des Faschismus wie in manchen Staaten Ost- und Südosteuropas. Die Befreiung Österreichs erfolgte von „außen“. Der Wunsch nach einem „neuen Österreich“ war zwar groß, dennoch war die Grundstimmung der Bevölkerung abwartend, die ArbeiterInnenklasse war desorganisiert und weitgehend passiv. Vor allem jedoch machten es die Viermächtebesatzung, die Präsenz westallierter Truppen und der Einfluss der Westmächte undenkbar, dass eine sozialistische Umwälzung bruchlos aus der Befreiung vom Faschismus hervorgehen könnte. Allein eine parlamentarisch-demokratische Republik war vor diesem Hintergrund unter den

lungen der Sowjetunion: Der sowjetischen Regierung ging es darum, die vor allem von britischer Seite entwickelten Pläne der Einbeziehung Österreichs in eine Donaukonföderation zu verhindern und Deutschland zu schwächen, weshalb sie seit 1941 konsequent für die Wiederherstellung Österreichs als unabhängiger Staat eintrat. Österreich wurde dabei nicht zur sowjetischen Einflussosphäre, sondern dem Bereich einer „neutralen Zone“ zugeordnet. Über Regierungen der „nationalen Front“ unter Einschluss der kommunistischen Parteien sollte in diesen Staaten Kontinentaleuropas auf friedlichem Wege der Übergang zum Sozialismus vollzogen werden. Ein wichtiger Hintergrund dieser kommunistischen Konzeptionen bestand darin, vom längerfristigen Charakter der Antihitlerkoalition auszugehen. Aus dieser friedlichen Zusammenarbeit, aus diesem stabilen Gleichgewicht sollten für kleine Länder Spielräume für unabhängige Entwicklungen gewonnen werden. In dieser Hinsicht erschien die Regierungsbeteiligung der KPÖ gewissermaßen als innenpolitische Widerspiegelung der alliierten Zusammenarbeit.

Kontroversen in der Provisorischen Regierung

Die Hoffnungen der KPÖ auf eine günstige Entwicklung der inneren Kräfteverhältnisse in SPÖ und ÖVP und der demokratischen Zusammenarbeit insgesamt sollten sich jedoch nicht erfüllen: Sie trat zwar im April 1945 als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP in die Regierung ein, bereits der Verlauf der ersten Monate der Regierungsarbeit macht jedoch die Ausgrenzung der KommunistInnen deutlich. Bereits ab Sommer 1945 zeichnete sich eine „stille“, auf die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses abzielende Koalition

Siegermächten konsensfähig. Deren weitere Entwicklung in Richtung sozialistische Umgestaltung im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Perspektive der KPÖ konnte im Frühjahr 1945 zumindest als offen angesehen werden.

Eine solcherart angestrebte Entwicklung korrespondierte auch mit den außenpolitischen Vorstellungen

von SPÖ und ÖVP ab. Es mangelte zwar nicht an öffentlichen Bekenntnissen zur demokratischen Zusammenarbeit, jedoch gewannen sowohl in ÖVP als auch SPÖ rasch jene Kräfte die Oberhand, die eine andere, auf die Beschneidung der KPÖ abzielende Konzeption vertraten. In der SPÖ setzte sich der „rechte“ Parteiflügel durch, jene Kräfte, für die die Beteiligung der KPÖ an den Regierungsgeschäften wohl von Beginn an nicht mehr als ein Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht war. Die SPÖ war zu keiner Aktionseinheit mit der KPÖ bereit, was als eine der entscheidenden Weichenstellungen des Jahres 1945 zu werten ist. So wurde z.B. auf Druck der rechten Kräfte das im August 1945 gebildete Kontaktkomitee von SPÖ und KPÖ bereits vor den Nationalratswahlen wieder ausgesetzt und trat danach nicht wieder zusammen. Linkssozialistische BefürworterInnen einer Aktionseinheit mit der KPÖ wurden erfolgreich in den Hintergrund gedrängt.

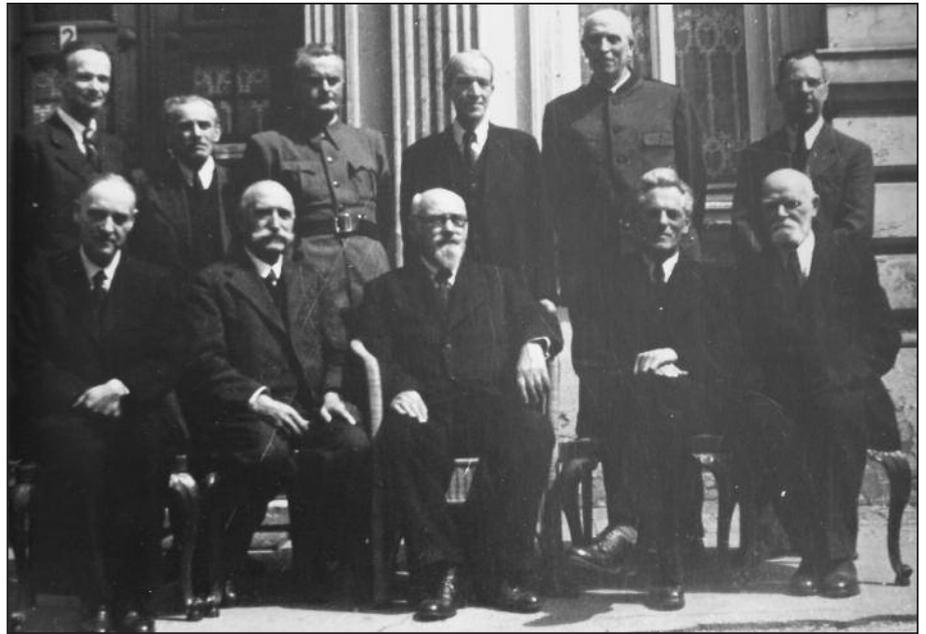
Einen gewissen Wendepunkt markierte die Ankunft der westlichen Alliierten in Wien Anfang September 1945, womit auch der für diese Entwicklung insgesamt ausschlaggebende Gesichtspunkt angesprochen ist: Außenpolitische Faktoren nahmen im Jahr der Befreiung vor allem dergestalt auf die innenpolitische Entwicklung Einfluss, dass SPÖ und ÖVP frühzeitig begannen, ihre Politik auf die Westmächte auszurichten. Im Mittelpunkt dieser Problemlage stand die vierfache militärische Besatzung Österreich und die Präsenz westallierter Truppen, vor allem jedoch die fehlende Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die westlichen Alliierten und die damit verbundene Gefahr der Zerreißung des Landes. Die Westmächte sahen in der Renner-Regierung zunächst eine sowjetische „Marionettenregierung“, kritisierten den in ihren Augen überproportionalen Einfluss der KPÖ und verweigerten der Regierung die Anerkennung. Während sich die Briten bis in den Herbst hinein für die Entfernung der kommunistischen Regierungsmitglieder und eine völlige Neubildung der Regierung einsetzten, standen die USA der Renner-Regierung zwar ebenso ablehnend gegenüber, nahmen jedoch eine etwas flexiblere Haltung ein. Die Anerkennung der Regierung erfolgte schließlich erst im Herbst, am 20. Oktober 1945, bis zu diesem Zeitpunkt war die Provisorische Regierung außenpolitisch isoliert.

Es war vor allem diese fehlende Anerkennung der Regierung durch die West-

mächte, die bestimmend auf die Entwicklung der nationalen Kräfteverhältnisse und zu Ungunsten der KPÖ Einfluss nahm. Als Regierungspartei steckte die KPÖ im Jahr der Befreiung in einem nahezu unlösbaren Dilemma: Die Partei leitete im Exil und auch 1945 alle strategischen Überlegungen aus ihrer Orientierung auf die Unabhängigkeit und Einheit des Landes ab. Zur Wahrung der Einheit Österreichs war die KPÖ zu weitgehenden innenpolitischen Konzessionen bereit, um eine drohende Zerreißung des Landes abzuwenden. Sie schwieg zu Entscheidungen, die ihrer programmatischen Orientierung widersprachen, um ein nach außen hin demonstrativ einheitliches Auftreten der Regierung zu gewährleisten. Vor dem Hintergrund des Prinzips der Vereinbarungsgovernment – Beschlüsse im Kabinettsrat mussten einstimmig erfolgen – trug sie auch Entscheidungen mit, die ihrer Konzeption grundsätzlich entgegenliefen, etwa in Verfassungsfragen, beim Umgang mit dem reichsdeutschen Eigentum oder im Bereich der Entnazifizierung. Über Kontroversen im Kabinettsrat der Renner-Regierung wurde öffentlich nicht berichtet. SPÖ und ÖVP verstanden es umgekehrt, den außenpolitischen Druck, der auf der Regierung im Allgemeinen und auf der KPÖ im Besonderen lastete, zu instrumentalisieren und gegen die KPÖ auszunutzen.

Vor diesem Hintergrund geriet die KPÖ bereits frühzeitig in die Defensive und scheiterte in der Renner-Regierung mit ihren Hauptanliegen: Sie konnte sich nicht mit ihren Forderungen durchsetzen, eine neue Verfassung auszuarbeiten und die Verwaltung umfassend zu säubern und zu demokratisieren. Jene Gesetze, bei denen der kommunistische Einfluss am deutlichsten sichtbar wurde – etwa das Verbotsgesetz, das Kriegsverbrechergesetz oder das Beamtenüberleitungsgesetz – wurden nur unzureichend durchgeführt.

So setzte sich die KPÖ in der Frage der Erneuerung und Demokratisierung des Staatsapparats für die Säuberung der Verwaltung von faschistischen Beamten und reaktionären Bürokraten ein, bei gleichzeitigem Aufbau einer demokratischen Beamtenschaft aus erprobten Antifaschisten und österreichischen Patrioten, auch wenn diese nicht über die entsprechende akademische Ausbildung verfügten. Auf Vorschlag der KPÖ wurden schließlich nach langen Auseinandersetzungen die bevorzugte Behandlung der Freiheitskämpfer und verfolgten



Provisorische Regierung Renner mit den KPÖ-Staatssekretären Johann Koplenig (1. Reihe, 2.v.r.), Ernst Fischer (2. Reihe, 1.v.l.) und Franz Honner (3.v.l.)

Antifaschisten beschlossen, sowie die Anstellungserfordernisse herabgesetzt. Am konservativen Übergewicht im Staatsapparat änderte sich jedoch nichts. Zudem ging die Säuberung der Verwaltung weiter schleppend voran. Die Anzahl der kommunistischen Beamten wiederum war gering. Einzig in der Wiener Polizeidirektion, wo ca. 1.500 der mehr als 9.000 BeamtenInnen der KPÖ angehörten, konnten KommunistInnen – viele davon Spanienkämpfer, Angehörige der 1944/45 in Slowenien aufgestellten „Österreichischen Freiheitsbataillone“ und ehemalige KZ-Häftlinge – innerhalb der Beamtenschaft Fuß fassen. Der Kommunist Heinrich Dürmayer war bis zu seiner Ablösung im September 1947 Leiter der Staatspolizei.¹⁵

In der Diskussion über Verfassungsfragen verlangte die KPÖ die Ausarbeitung einer neuen Verfassung bzw. die Rückkehr zur Verfassung von 1920, wie es auch in der Unabhängigkeitserklärung vorgesehen war. Staatskanzler Renner wollte im April zunächst auch eine neue Verfassung bzw. die Rückkehr zur Verfassung von 1920, erkannte jedoch, dass eine Verfassungsdiskussion vor allem den KommunistInnen nutzen würde und setzte gegen die Widerstände der KPÖ die Rückkehr zur – als „Heimwehrverfassung“ kritisierten – Verfassung von 1929 durch. Damit war die Verfassungsdiskussion praktisch bereits 1945 zu Ende, über eine verfassungsrechtliche Verankerung der kommunistischen Neuordnungspläne und eine Erweiterung demokratischer Rechte konnte keine öffentliche Debatte stattfinden.

Im Bereich der Entnazifizierung standen Kontroversen über den Umgang mit den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und die strafrechtliche Verfolgung der NS-Verbrecher im Mittelpunkt. Die Position der KPÖ zum Nazi-Problem war von Beginn an von einer Differenzierung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in die nazistischen Hauptschuldigen, die „großen“ Nazi, Kriegsverbrecher und verantwortlichen Nazifunktionäre, und die „kleinen“ Nazi, die einfachen Parteimitglieder und Mitläufer gekennzeichnet. Sie trat für eine strafrechtliche Verfolgung und Aburteilung der NS-TäterInnen und die Säuberung des öffentlichen Lebens vom Nazismus ein. Die einfachen Mitglieder sollten, sofern sie nicht persönlich an Verbrechen beteiligt waren, straffrei bleiben und für den demokratischen Wiederaufbau gewonnen werden. Darüber hinaus wurde jedoch die Mitschuld aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder festgehalten und deshalb die Ausschaltung aller ehemaligen NationalsozialistInnen aus dem öffentlichen Leben, aus Verwaltung, Wirtschaft und Kultur, gefordert.

Der in der „Nazifrage“ Anfang Mai 1945 mit Beschlussfassung des Verbotsgesetzes von der Regierung eingeschlagene Kurs, das Schwergewicht auf das formale Prinzip der Registrierung aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu legen, lag jedoch alles andere als auf der Linie der von der KPÖ vorgenommenen Differenzierung in „Hauptschuldige“ und „Mitläufer“. In den Augen der KPÖ führte die Durchführung des Verbotsgesetzes mit der dabei vorgesehenen



Parteilokal der KPÖ am Elterleinplatz in Wien-Hernalz, Ende 1945

Möglichkeit auf Nachsicht von der Registrierung zur Verschleppung und Bürokratisierung des Problems. Das von der KPÖ geforderte Kriegsverbrechergesetz zur strafrechtlichen Verfolgung der nationalsozialistischen Untaten wiederum kam erst Ende Juni 1945 nach langen Auseinandersetzungen im Kabinettsrat zustande, wurde aber nur zögerlich durchgeführt.

Aus staatspolitischen Gründen verzichtete die KPÖ nicht nur auf die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit, sondern auch beinahe völlig auf Massenaktivitäten zur Durchsetzung ihrer Ziele und beschränkte sich auf Vereinbarungen auf Parteebene. Als „staatstragende“ Kraft ging es der KPÖ darum, kurzfristige Parteiinteressen zugunsten nationaler Wiederaufbauinteressen zurückzustellen, resümierte der Generalsekretär der Partei, Friedl Fürnberg, am 13. Parteitag im April 1946 die ungünstigen Rahmenbedingungen. Das Dilemma bestand darin, dass ein prinzipiell oppositionelles Herangehen in dieser Situation ausgeschlossen war. Dies hätte die sofortige Isolierung der KPÖ bedeutet, womit selbst die Option auf einen künftig günstigeren Verlauf der demokratischen Zusammenarbeit verbaut gewesen wäre. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wäre die Forcierung „außerparlamentarischer“ Aktivität gewesen. In der Tat versuchte die KPÖ ab Sommer das Dilemma der fehlenden Öffentlichkeit vorsichtig zu durchbrechen: Mittels Weckung der „Initiative der Volksmassen“ sollte vor allem die mangelnde Durchführung der Gesetze, allen voran der schleppende Fortgang der Entnazifizierung und der Säuberung der Verwaltung, öffentlich thematisiert

werden. Auf Betriebs- und Bezirksebene wurden nun auf KPÖ-Initiative Resolutionen der drei Parteien verabschiedet, die auch die Forderungen nach Verstaatlichung zum Inhalt hatten, Deputationen entsendet, sowie kleinere Demonstrationen vor Ämtern organisiert, in denen die Bürokratie noch immer nicht von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern gesäubert worden war. Die „Weckung der Volksinitiative“ war in dieser Hinsicht gewissermaßen der Gegenpol zur hohen Kompromissbereitschaft, die der KPÖ im Kabinettsrat abverlangt wurde.

Die sowjetische Besatzungsmacht

Schwerwiegendstes Problem der KPÖ war ihr Naheverhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht. Die Haltung zur Sowjetunion war gleichermaßen der Hauptgrund für die Isolation der KPÖ, wie auch der Hauptfaktor ihrer relativen Machtposition in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auf der einen Seite stellte die KPÖ aufgrund der Präsenz der Roten Armee einen nicht zu umgehenden innenpolitischen Faktor dar. Es gab zwar keine direkten politischen Interventionen seitens der sowjetischen Besatzungsmacht im Sinne der KPÖ, die Sowjetadministration unterstützte die Partei aber in organisatorischer, propagandistischer und finanzieller Hinsicht. Auf der anderen Seite hatte die KPÖ die negativen Folgen der sowjetischen Besatzungspraxis zu tragen: Neben der Demontagepraxis und den Beschlagnahmungen waren es vor allem die Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee auf die Zivilbevölkerung – Plünderungen, Vergewaltigungen –, die auch die KPÖ in der öffentlichen Meinung in

Misskredit brachte. Die Partei wurde von der Bevölkerung mit diesen negativen Erscheinungen identifiziert, was durch fehlende Distanzierungen von den Übergriffen und durch die insgesamt kritiklose Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht erleichtert wurde. Die beiden Großparteien – SPÖ und ÖVP – und die Westmächte waren natürlich bestrebt, bestehende antisowjetische Ressentiments auszunutzen und gegen die KPÖ zu wenden. Von der KPÖ wurden die Übergriffe tabuisiert bzw. als antisowjetische Propaganda abgetan, wodurch einer Entwicklung Vorschub geleistet wurde, dass antisowjetische Ressentiments bruchlos auf die KPÖ übertragen wurden.

Aus der weitreichenden Identifikation mit der sowjetischen Besatzungsmacht resultierte für die KPÖ auch ein Glaubwürdigkeitsproblem: Sie agierte mehr mit absoluter als mit kritischer Solidarität gegenüber den sowjetischen Behörden, wobei zu berücksichtigen ist, dass der beginnende Kalte Krieg mit seinen Polarisierungen und dem großen Druck, der auf den KommunistInnen lastete, keine günstigen Voraussetzungen für differenzierte Herangehensweisen bot. Die KPÖ wurde so im öffentlichen Bewusstsein trotz ihrer Österreichpatriotischen Orientierung als anti-österreichische Partei, als „Russenpartei“ abgestempelt. Sie galt in der Bevölkerung als verlängerter Arm der Sowjetunion. Die enge Bindung an die Sowjetunion war auch der Hauptfaktor, warum die KPÖ auf andere Linkskräfte, etwa auf unzufriedene SozialdemokratInnen, keine große Attraktivität ausübte.

Dass die KPÖ vor diesem Hintergrund ihre Politik des nationalen Wiederaufbaus kaum glaubhaft vertreten konnte, wird besonders am Beispiel des „Deutschen Eigentums“ deutlich. Wie kaum eine andere Frage stand diese Frage im Spannungsfeld alliierter Interessen, wurde doch infolge des Potsdamer Abkommens das reichsdeutsche Vermögen den alliierten Mächten in ihrer jeweiligen Zone zugesprochen. Die KPÖ trat zwar für eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ein, in ihrer Politik hatte sie jedoch die wirtschaftspolitischen Ansprüche der Sowjetunion mitzureflekieren. So wurde der kommunistischen Forderung nach einer Verstaatlichung des „Deutschen Eigentums“ durch die sowjetischen Ansprüche mehr oder weniger die Zugkraft geraubt. Auf der anderen Seite hatte die KPÖ einseitig die Folgen jener Maßnahmen zu tragen,

die von der sowjetischen Administration 1945 und 1946 ergriffen wurden, nachdem Verhandlungen mit der österreichischen Regierung über bilaterale Abkommen gescheitert waren. Im Oktober 1945 kam es zur Übernahme der Zistersdorfer Ölquellen durch die sowjetischen Besatzungsbehörden, im Befehl Nr. 17 von Anfang Juli 1946 wurde der Übergang des gesamten „Deutschen Eigentums“ in Ostösterreich in das Eigentum der Sowjetunion verfügt.

Die Novemberwahlen 1945

Bei den am 25. November 1945 stattfindenden Wahlen zum ersten Nationalrat der Zweiten Republik erreichte die KPÖ schließlich 174.257 Stimmen (5,4 Prozent). Sie war fortan mit vier (von 165) Mandaten erstmals im Parlament vertreten und schaffte auch den Einzug in sechs Landtage. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die Betriebsratswahlen in den Vormonaten für die KPÖ zufrieden stellende Ergebnisse und in vielen Großbetrieben kommunistische Mehrheiten gebracht hatten, musste dieses Wahlergebnis als Enttäuschung und Misserfolg eingeschätzt werden. Auch der erfolgreiche Verlauf der Wahlkampagne, der große Materialaufwand und der massive Zustrom bei den kommunistischen Wahlveranstaltungen, hatten Illusionen über das zu erwartende Wahlergebnis genährt.

In seiner Analyse des schlechten Abschneidens der KPÖ machte Johann Koplenig in den Beratungen der KPÖ-Führungsgremien verschiedene Gesichtspunkte geltend: Allen voran führte er objektive Faktoren ins Treffen, vor allem die Tatsache, dass in Österreich keine Massenbewegung den Faschismus überwinden konnte und der Einfluss der nazistischen Ideologie nach wie vor groß sei. Neben organisatorischen Schwächen verwies er auf die – zuletzt harte – Position der KPÖ zur Nazifrage: ungeachtet der Differenzierung im Herangehen an ehemalige NSDAP-Mitglieder war es SPÖ und ÖVP gelungen, die KPÖ als Anti-Nazi-Partei schlechthin darzustellen und ihre Position zum Ausschluss aller ehemaligen Nationalsozialisten von den ersten demokratischen Wahlen in eine allgemein nazifeindliche Haltung umzudeuten. Entscheidend war jedoch vor allem das Image der KPÖ als „Russenpartei“, die antikommunistische Grundstimmung der Bevölkerung und die damit im Zusammenhang stehende antisowjetische Flüsterpropaganda von SPÖ und ÖVP.

Die KPÖ gehörte zwar mit einem Minister der Allparteienregierung unter Bundeskanzler Leopold Figl an, ihre Regierungsbeteiligung wurde aber von den beiden anderen Parteien und auch von den Westmächten nur als Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht gesehen. Geheim einigten sich SPÖ und ÖVP auf ein Koalitionsabkommen, das die KommunistInnen ausklammerte, de facto existierte also bereits seit diesem Zeitpunkt eine „Große Koalition“. Karl Altmann blieb als Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung von den zentralen Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen.¹⁶

Das politische Gewicht der KPÖ wurde in weiterer Folge vom Kalten Krieg bestimmt. Die beginnende Blockbildung und die vom US-amerikanischen Präsidenten verkündete „Truman-Doktrin“ zur „Eindämmung“ des Kommunismus spiegelten sich auch in der politischen Kultur Österreichs und in der Zuspitzung der innenpolitischen Gegensätze wider: Der antifaschistische Grundkonsens von 1945 machte einem antikommunistischen Konsens Platz. Der Einfluss der KPÖ wurde in allen Bereichen so weit wie möglich zurückgedrängt, z.B. in den Gewerkschaften, in den Gemeinden und Bezirken, sowie im Polizeiapparat. Im November 1947 schied die KPÖ nach Beschlussfassung der Währungsreform aus der Regierung aus, womit die demokratische Zusammenarbeit auch formal ihren Abschluss fand. Die Partei konzentrierte sich fortan ganz auf außerparlamentarische Kämpfe. Sie war die Hauptkraft sozialökonomischer Massenbewegungen gegen die Lohn-Preis-Pakte der Bundesregierung und wurde von einer großen Anzahl von ArbeiterInnen als die entscheidende Oppositionskraft gegen die kapitalistische Restauration wahrgenommen.

Anmerkungen:

1/ Mugrauer, Manfred: Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 41–76.

2/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006;

ders.: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2020 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 14). Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf diese beiden Monographien (dort auch ausführliche Quellenangaben).

3/ Heute vor 15 Jahren: Der Bezirksbürgermeister trieb Pferde, in: *Volksstimme*, 4.5.1960, S. 6.

4/ Das Volk ergreift die Initiative. Glänzende Arbeit in Neunkirchen, in: *Neues Österreich*, 8.5.1945, S. 2.

5/ Halbrainer, Heimo: „Im Freiheitskomitee ist nicht gefragt worden, welcher Parteirichtung der einzelne angehört“. Die Volksfrontkonzeption in der Praxis am Beispiel der Österreichischen Freiheitsfront in Leoben 1945, in: Kuretsidis-Haider, Claudia/Mugrauer, Manfred (Hg.): Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2013, S. 181–198.

6/ Die Kommunisten im Aufbau voran. Verhinderung von Zerstörungen – Ingangsetzung der Betriebe, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.11.1945, S. 2.

7/ Vgl. ZPA der KPÖ, KPÖ Ternitz an das Zentralkomitee der KPÖ, 4.5.1945, S. 1.

8/ Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955, S. 77–121, hier S. 121.

9/ Zur Reorganisation der KPÖ als legaler Massenpartei vgl. ebd., S. 325–413.

10/ Aufbau der Wiener Parteiorganisation. Richtlinien, hg. von der Wiener Stadtleitung der K.P.Ö. Wien o.J. [1945]; Richtlinien über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provinz. o.O. [Wien] o.J. [1945].

11/ ZPA der KPÖ, Der organisatorische Stand der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien o.J. [1946], S. 1f.

12/ Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955, S. 471.

13/ Mugrauer, Manfred: Die Sportpolitik der KPÖ, in: *mitbestimmung. zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt*, 40 Jg. (2011), Nr. 1, S. 7–12, hier S. 10.

14/ Die Wiedergeburt Österreichs. Die Stellung der Kommunisten im nationalen Freiheitskampf des österreichischen Volkes. Moskau 1944; Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung Österreichs, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1945.

15/ Vgl. dazu Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955, S. 275–323.

16/ Mugrauer, Manfred: „Nur eine schwache Verantwortung...“. Die KPÖ in den Regierungsverhandlungen im Dezember 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 4, S. 8–14.